

Bürgerbus: Weitere Partner gesucht

Gemeindevertretung entscheidet: Bürgerbus soll kommen und Bürgermeister soll Gespräche mit weiteren Gemeinden führen

Von Carsten Wittmaack

BRANDE-HÖRNERKIRCHEN

Schon während der Sozialausschuss-Sitzung hatte Hörnerkirchens SPD einen Antrag zum Bürgerbus eingebracht (wir berichteten). Die Kernforderung lautete: „Die Gemeindevertretung beabsichtigt die Einrichtung eines sogenannten Bürgerbusses, um dadurch die Mobilität für die Bürger der Gemeinde Brande-Hörnerkirchen deutlich zu verbessern.“

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Martin Voß (CDU) warnte vor übereilten Alleingängen. Am Ende wurde der Antrag mit den Stimmen der CDU-Mehrheit abgelehnt. Während der Tagung des Gemeinderats am Mittwochabend im Landhaus Mehrens brachte die SPD um ihren Vorsitzenden Reinhart Reiner den Antrag erneut ein – und am Ende fanden SPD und CDU einen gemeinsamen Nenner, wie es in Sachen Bürgerbus weitergehen soll.

Seit November steht in Hörnerkirchen das Thema auf der Agenda. Holger Jansen von der Agentur Landmobil war Gast des Sozialausschusses. Seine Agentur ist bundesweit für die Mobi-



In Sachen Bürgerbus haben CDU und SPD in Brande-Hörnerkirchen während der Gemeindevertretersitzung einen Kompromiss gefunden. FOTO: ARNO BURGI/DPA

lität in ländlichen Räumen unterwegs. Ein Schwerpunkt liegt beim selbst vor Ort organisierten Bürgerbus. Der soll andere Angebote wie den regulären Linienbus, aber auch Taxis ergänzen. Auf 3000 bis 8000 Euro pro Jahr schätzte Jansen die Kosten des Projektes. Damit der Bürgerbus stets einsatzbereit ist, sind 15 oder mehr ehrenamtliche Fahrer notwendig. Hinzu kommen drei Freiwillige, die die Organisation übernehmen müssten. „Das Projekt darf nicht kommerziell sein“, betonte Reiner.

Der Befürchtung, dass die Umsetzung eines Bürgerbusses für Hörnerkirchen ein zu großer Kraftakt sein könnte, widersprach der SPD-Chef. Reiner sieht ein „vernünftig kalkulierbares Risiko“. Generell gehe es im SPD-Antrag noch nicht um die Vergabe kostspieliger Aufträge. Er solle als „Bekanntnis unserer Gemeinde“ verstanden werden und sei notwendig, „weil zuletzt ein Vorankommen bei diesem Thema nicht mehr zu erkennen“ gewesen sei.

Der Leitende Verwaltungsbeamte Sven Werner erzählte

von einem Nachbarschaftstreffen mit Vertretern aus Barmstedt und den Ämtern Hörnerkirchen und Rantzaу, bei dem der Bürgerbus ebenfalls diskutiert worden und auf großes Interesse gestoßen sei. Werner sprach sich gegen einen Alleingang Hörnerkirchens aus und regte an, das nächste überörtliche Treffen abzuwarten, um dann den Bus möglichst gemeinsam auf den Weg zu bringen. „Sollte das dann nicht möglich sein, könnte Hörnerkirchen das Projekt immer noch allein voranbringen.“

Christian Schütz (CDU) betonte, dass „wir alle den Bürgerbus wollen“. Am Ende einigte sich die Runde einstimmig auf den Kernsatz des SPD-Antrages samt eines Zusatzes, in dem es heißt, dass Bürgermeister Siegfried Winter „zielführende Gespräche“ mit seinen Amtskollegen aus den Umlandgemeinden führen soll.

Einig waren sich die Gemeindevertreter auch, dass mit einem Messgerät demnächst die Geschwindigkeit der Autofahrer in der Bahnhofstraße gemessen werden soll. Die SPD hatte hierzu einen Antrag unter der Überschrift „Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Senioren“ eingebracht. Außerdem soll vor dem Alten- und Wohnheim, Rosentwiete 2, eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 Stundenkilometern nach den sogenannten Schulwegerlass erreicht werden. Hier will man die Nachbargemeinde Westterhorn mit ins Boot holen. Geplant ist obendrein, die Zahl der Fußgänger-Querungen bei der Bushaltestelle Ecke Bahnhofstraße/Mühlenplatz während der An- und Abfahrtszeiten zu ermitteln.

Sozialverband: Angebot nicht am Bedarf vorbei